

Einwohnermeldewesen betr.

Die von den **Hausbesitzern** und **Wohnungsvermietern** beim Einwohnermeldebeamten hier zu bewirkenden **An-, Ab- und Umbiedungen** werden mitunter gar nicht oder in sehr nachlässiger Weise besorgt; namentlich werden die hierzu vorgeschriebenen Formulare oft sehr mangelhaft und mit falschen Angaben ausgefüllt. Es wird deshalb folgendes in Erinnerung gebracht:

Jede Meldung ist innerhalb 48 Stunden zu bewirken, nur ist für diejenigen Umzüge, welche zu den gesetzlichen Rundigungsterminen — am 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober — stattfinden, eine fünftägige Meldefrist nachgelassen.

Die Meldungen müssen mit Tinte geschrieben, die Fragen vollständig und richtig beantwortet sein und die Bogen in sauberem Zustande eingereicht werden. Bei Meldung

Der Reichstag.

Die Reichstagsabgeordneten sind zum großen Teil schon wieder in Berlin eingetroffen, und am heutigen Dienstag werden, zugleich mit denen im preußischen Abgeordnetenhaus, die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Bis zum 1. April soll es dann in einem Ausklang geben; die Zeit ist lang, aber die Aufgabe ist auch schwer, die zu lösen ist. Wenn nur die Finanznot im Reiche ganz allein wäre, die bekämpft werden müßte, man käme schon zu einem schnelleren Resultat. Aber beinahe aus allen Bundesstaaten, aus vielen Städten heißt es, das Geld langt nicht mehr. Und kommt man heute noch gerade so zurecht, in absehbarer Zeit ist das nicht mehr möglich. Und dazu dann noch die starke Konjunktur, mancherlei Wirrwarr in der internationalen Politik. Da ist die finanzielle Lage im Reiche nicht mehr eine Sache für sich allein, bei der Beschlusssatzung muß unbedingt die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Situation in Betracht gezogen werden.

Aus diesem Grunde leitet sich auch die Kritik an den neuen Steuervorlagen her. Herr Dr. Sydow, der Reichs-Finanzminister, hält daran fest. Er hat nichts besseres finden können, will aber etwas besseres nehmen, wenn es ihm geboten wird; hat einer unserer Parlamentarier in den vierwöchentlichen Weihnachtsferien einen genialen Gedanken gehabt? An einzelnen Vorschlägen hat es nicht gefehlt, aber ein zündendes Wort ist nicht bis heute gesprochen. Was am deutlichsten in den Vordergrund tritt, war der heftige Protest gegen die Nachlasssteuer, gegen die Belastung der Erbschaften der altenfamilien-Angehörigen. Nicht die Steuer wurde so sehr bekämpft, als vielmehr das Eindringen in die engsten Familien-Beziehungen, und wenn man daran denkt, wie sich dann alles gestalten müßte, damit Steuerhinterziehungen vermieden werden, ist das erklärlich. Es läßt sich der Reichskasse nicht hinreichend neues Geld zuführen, ohne das klingende Metall in irgend einer Weise selbst zu treffen. Bisher hinderte die Nachlasssteuer eine Einigkeit; wird diese ausgeschaltet, dürfte bald an die Stelle der trockenen Theorie die grüne Pragis neuer Anregungen treten.

Das Reich muß aus der Finanzmisere heraus, schon deshalb, weil sonst die Einzelstaaten vom Reiche total zu Boden gedrückt würden. Darüber gibt es heute keinen Streit mehr, aber auch darüber nicht, daß die Arbeit, die neue Werte schaffen muß, nicht unlohnend gemacht werden darf. Leidige Mittel dazu wären aber Abgaben, wie die Inseratensteuer, Elektrizitäts- und Gassteuer etc. Wenn ein Mann aus dem Räherstand schon besteuern muß, was ihm überhaupt erst Verdienst ermöglicht, dann sinkt die Lust. Das vorhandene Geld kann leisten, nicht das, was erst kommen soll. Das muß die Grundlage allen Handelns sein.

Wir werden natürlich nicht um Konsumsteuern kräftiger Art herumkommen, und die Brauereien, Zigarrenfabrikanten etc. haben kaum große Aussicht, die sie angehenden neuen Forderungen beizutragen zu sehen, obgleich viele von ihnen gewiß nicht auf Kosten gebettet sind. Das haben die letzten Abschlüsse, die Dividendenfeststellungen und sonstige Tatsachen genügend bewiesen. Aber auch da darf nicht die Annahme gelten, getrunken und geraucht wird doch. Der Bedarf ist schon in Folge der minder guten Zeiten zurückgegangen, er wird bei den Steuer-Erhöhungen noch weiter sinken. Leicht hat es der Reichstag also gewiß nicht, aber durch muß er. Denn bevor die Steuerzucherei bei uns nicht zu Ende ist, bekommen wir auch keine besseren Zeiten.

Vom Erdbeben in Italien.

Der Wiederaufbau der zerstörten Städte Messina, Reggio etc., mit dem sich die italienische Volksvertretung und die Regierung einverstanden erklärt haben, kann in jedem Falle erst in 9—12 Monaten beginnen, wenn die noch unter den Trümmern liegenden Leichen und Körperteile verwesend sein werden, was mit Hilfe des ausgeschütteten Staates ja in diesem Zeitraum bewerkstelligt sein wird. Über den Kostenpunkt wird allerdings eine viel genauere Rechnung noch aufgestellt werden müssen, als bisher geschehen ist. Aus den Ruinen von Messina sollen nun wirklich alle Menschen fortgebracht sein, vorausgesetzt, daß sie nicht wiederkommen, wie es schon wiederholt geschehen ist. Die Bäuerlichkeit über den anfänglich mangelnden Hilfsdienst geht nun weiter. Jetzt beschuldigt sogar ein Eisenbahntelegraphist unter voller Namens-Nennung die italienischen Schiffskommandanten, die direkte Depeschenvermittlung versäumt zu haben. Dadurch sind 36 Stunden, die wichtigsten für die Rettung, versäumt worden. Aehnlich haben die nach Catania geflüchteten Bewohner von Messina gesagt. Sie werben der Regierung Geiz vor und verlangen größere Fürsorge. Die sizilianischen Städte, die Flüchtige und Kranken aufgenommen haben, stellen auch bereits Geldforderungen, obwohl sie während der eigentlichen Unglücksstage sich so gut, wie gar nicht rührten. Überhaupt ist die private Opferwilligkeit in Italien nicht eben imposant, alles sollen der Staat und das Ausland leisten. Am schlimmsten steht es noch in den kleinen kalabrischen Orten, um die man sich am wenigsten kümmerte, da Messina und Reggio die weiteste Aufmerksamkeit auf sich lenkten.

Unzummen von Papiergeleid müssen in Messina verloren sein, denn es ist fast nur Metallgeld ermittelt. Und doch ist in Sizilien viel mehr Papier, wie Metall im Umlauf. Die Landbevölkerung, die zu Hause blieb, ist wieder in die alte Apathie zurückgefallen, sie wird vom Hunger und von der Furcht vor neuen Erdstößen regiert. Die Meerenge von Messina ist nach Untersuchungen des Geologen Professors Gravenitz in Wien stellenweise um fünfhundert Meter flacher geworden. Erdstöße sind auch auf den Kanarischen Inseln und in Portugal vernommen. Auf den ersten flüchten viele Häuser ein.

Tagesgeschichte.

Deutschland. Die Erörterung über die Neujahrsansprache des Kaisers an seine kommandierenden Generale hat mit der Erklärung des Reichskanzlers ihren Abschluß gefunden. Mit dieser Erklärung ist festgestellt, daß der Kaiser mit den Generälen lediglich eine militärische Versprechungen gehabt, politische Fragen aber nicht erörtert hat. Obwohl die Ansprache unter strengem Abschluß der Öffentlichkeit gehalten und nur durch eine verdeckte Indiscretion an die Öffentlichkeit gelangt war, hat sich der Kaiser doch auch bei ihr gewissenhaft an seine Zusicherung vom 17. November gebunden.

Öffentliche Huldigungen für die Feier seines 50. Geburtstages nimmt der Kaiser nicht an. Vor Weihnachten hatte bereits das Hofmarschallamt eine Bitte der Berliner Studenten, einen Fackelzug darzubringen zu dürfen, abgelehnt. Der selbe Bescheid ist auch dem Berliner Sängerbund, der eine Serenade darbringen wollte, zu Teil geworden. Das erste verkaufte preußische Schloß. Wie die „Tägl. Rdsch.“ hört, wird Schloß Erdmannsdorf im Niedergebirge nächster Tage an den Amtsgerichtsräten in Schönau verkaufen werden. Der Kaufpreis beträgt 1200000 Mark. An den Kaufpreis soll die Bedingung auf Errichtung eines Fideikommisses knüpfen sein.

Der Prinz Joachim von Preußen, jüngster Sohn des Kaiserpaars, im Herbst dieses Jahres in Wien seine Schulausbildung beendet, so ist die Konfirmation der Prinzessin Victoria Louise bis zu diesem Zeitpunkt hinausgeschoben worden und die gemeinsame Konfirmation der beiden Geschwister geplant. Prinz Joachim wird dann nach Potsdam übersiedeln und sich dort, gleich seinen Brüdern, auf die Offiziersprüfung vorbereiten.

Zum Berliner Besuch des englischen Königs pares wird der „Bos. Btg.“ gemeldet: Der König und die Königin werden nach dem 9. Februar zwei Tage in Berlin verweilen, einem Festbankett und einer Opernaufführung beizuhören und dann zwei Tage in Potsdam im engen Familienkreise verleben, um zur Eröffnung des englischen Parlaments, am 16. Februar, in London zurück zu sein.

Zum 60jährigen Jubiläum des österreichischen Kaisers als Chef des Berliner Franz-Garde-Grenadier-Regiments begibt sich auch eine Deputation unter Führung des Obersten Freiherrn von Ebele nach Wien. Der deutsche Kaiser wird am Jubiläumstage, dem Montag, die Parade über das Regiment abnehmen und das Hoch auf den Jubilar ausbringen.

Fünf Jahre waren am gestrigen Sonntag seit dem Ausbruch des großen Herero-Aufstands in Südwestsafira verflossen, der einer ganzen Anzahl Menschen das Leben kostet und viele Millionen verschlungen hat. Jetzt, wo eine gemeinsame deutsch-englische Verfolgung auf die letzten unherstrebenden Hottenotten stattfindet, können wir wenigstens sagen, daß die Opfer nicht umsonst gebracht sind, daß auch dies Gebiet eine Zukunft hat.

Die Vollversammlung des deutschen Handelsstages tritt am heutigen Montag in Berlin zusammen und wird in Vertretung des Reichskanzlers vom Staatssekretär von Bethmann-Hollweg begrüßt werden. Am gestrigen Sonntag hat bereits eine Ausschuß-Sitzung stattgefunden.

Auf dem Terrain der Zeppelin-Gesellschaft in Friedrichshafen sind die Arbeiten eingestellt worden. Bei besserer Witterung wird die allgemeine Tätigkeit von Neuem beginnen. Ein Riß für eine große Luftschiffhalle auf dem Bande wird von technischen Beamten jetzt ausgearbeitet zur Herstellung im Frühling und Sommer.

Das Befinden des operierten Expräsidenten Castro von Venezuela in Berlin ist andauernd ein so gutes, daß die Gefahr als geschwunden bezeichnet werden kann.

Österreich-Ungarn. Die schlechende Rabenstrafe in Österreich ist noch immer nicht beendigt, da es dem Ministerium Bierereth trotz angestrengter Bemühungen bisher nicht gelang, eine parlamentarische Regierung zu bringen. Bleiben diese Bemühungen auch weiterhin fruchtlos, so bleibt nichts anderes übrig, als die Berufung eines Beamten-Ministeriums. Vorher will jedoch der greise Kaiser Franz Joseph selbst noch einen Versuch unternehmen und mit den führenden Parlamentariern persönlich in Führung treten, um die Bildung eines Koalitions-Kabinets, in dem also die Vertreter der möglichen parlamentarischen Parteien vereinigt sind, zu fördern.

Die Tschechen lassen sich für ihre Demonstrationen in Prag Geld aus Serbien schicken. Aus Belgrad der De-

neuziehender Personen sind genügende Ausweispapiere (Geburtschein, Militärpas, Stammbuch, Arbeits- oder Dienstbuch) beizufügen.

Die Unterlassung rechtzeitiger bzw. ordnungsmäßiger Meldungen ist nach § 13 des Regulatius, das Meldegesetz in der Stadt Eibenstock betr., vom 30. Dezember 1899 mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 10 Tagen zu bestrafen.

Hierbei wird darauf hingewiesen, daß in den nächsten Tagen eine besondere Durchsicht des Meldebogens vorgenommen werden wird. Verstöße gegen die Vorschriften gelangen zur Bestrafung.

Den **Hausbesitzern** und **Wohnungsvermietern** wird indes Gelegenheit gegeben, sich bis 25. Januar 1909 im **Einwohnermeldeamt** zu erkundigen, ob alle von ihnen zu erledigenden Meldungen bewirkt sind.

Stadtrat Eibenstock, am 30. Dezember 1908.

Hesse.

Q.

veschen, die von der österreichischen Polizei beschlagnahmt wurden, geht hervor, daß zahlreiche Demonstranten in Prag mit je einer Krone täglich entlohnt wurden. Es wurden sogar Geldsammelungen zur Anwerbung italienischer Anarchisten für Prag von serbischer Seite veranstaltet. Da wird die österreichische Regierung sehr wachsam sein müssen und es gegebenen Falles an der nötigen Entschiedenheit nicht fehlen lassen dürfen.

Vom Balkan. Die Situation ist unverändert. Die Rüstungen werden fortgesetzt. Die bulgarische Regierung hält an der Forderung fest, daß vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Türkei dem Boykott bulgarischer Waren ein Ende gemacht werde, und daß die türkische Regierung eine neue erfolgversprechende Grundlage für die Verhandlungen vorstelle. — Im Hippodrom zu Konstantinopel fand eine große Kundgebung gegen die Annexion der Insel Kreta durch Griechenland statt. — In der türkisch-asiatischen Stadt Mossul wurde die Ruhe wiederhergestellt, die Räderführer wurden streng bestraft.

Lokale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 11. Januar. Der vom hiesigen Kirchenvorstand am gestrigen Sonntag im Feldschlößchen veranstaltete öffentliche Vortragssalon war von Seiten der Bürgerschaft sehr zahlreich besucht. Herr Pfarrer Gebauer begrüßte eingangs des Abends die Erwachsenen und erteilte sodann Herrn Dr. Bräb aus Godesberg das Wort zu seinem angelaufenden Vortrag „Natur und Gott“. In sehr klarer sachlicher Form, auf Grund eigener wissenschaftlicher Naturforschung und Beobachtung behandelte der Herr Redner an der Hand von Vierbildern die Fürsorge für alles Werdende in der Natur. Es waren hochinteressante Studien über den Entwicklungsgang und das Gesellschaftsleben der Pflanzen und Tiere und über das Geistesleben der Menschen, die uns in so lehrreicher, dabei doch durchaus einfach gehaltener Vortragsweise geboten wurden. Die Aufführungen gaben allen Anwesenden viel zu denken und in Übereinstimmung mit den ersten kann der gesunde Menschenverstand gewiß nicht blohen Zufall bei all den mannigfachen Momenten im Werden der wunderbaren Natur annehmen, sondern muß das Walten einer höheren Macht erblicken. Beiläufiger Beifall lohnte den Herrn Redner für seinen Vortrag, und von Herrn Pfarrer Gebauer wurde ihm noch besonderer Dank ausgesprochen.

Eibenstock, 11. Januar. Der hiesige Geselligkeitsverein hielt in den Tagen vom 9.—11. Januar im Schützenhaus seine 37. Geflügel-Ausstellung ab. Der Verein war besonders am Sonntag ein guter, so wohl auch der finanzielle Gewinn dementsprechend sich gestalten durfte. Von 42 Ausstellern waren 250 Stück Geflügel zur Ausstellung gebracht. Zur Verteilung gelangten 10 erste, 29 zweite, 48 dritte Preise und 44 lobende Anerkennungen. Die Verkaufsstellung hatte 80 Men. zu verzeichnen. Ausgestellte Geweihe waren 24 Stück vorhanden. Der Verein hat durch diese Ausstellung wiederum seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Geflügelzucht zu erkennen gegeben und das Interesse an der Ausstellung auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht, wofür ihm allgemeine Anerkennung nicht vorbehalten wird.

Eibenstock, 11. Januar. Wie uns bekannt wird, geht der Stadtrat mit dem Plane um, am Orte eine Arbeitsstätte für vorübergehend Arbeitslose zu errichten. zunächst ist an die Hersteinerung von Brennholz gedacht. Da für unsere Stadt ein großes Bedürfnis nach guter Gelegenheit zur Erlangung von gespaltenem Brennholz nicht ohne weiteres angenommen werden kann, für die Lebensfähigkeit einer öffentlichen Arbeitsstätte aber unbedingtes Erfordernis ist, veranstaltet der Stadtrat hierüber Erhebungen. Er läßt den Haushaltungen mit einer erläuternden Darstellung Fragebogen zustellen. Diese sind auszufüllen und an Ratsstelle abzugeben. Etwa bei der Verteilung der Fragebögen übernehmene Haushaltungen, können ihren Bedarf an Brennholz, den sie durch eine öffentliche Arbeitsstätte gedeckt wünschen, beim Stadtrate — Polizeiregistratur — mündlich anzeigen. Die geplante Einrichtung, die übrigens der Stadt keine Lasten bringen soll, wäre in verschiedener Hinsicht recht wünschenswert. Wir erhoffen ihr baldiges Zustandekommen.

Eibenstock. Wie man aus dem Inseratenteil schon lesen konnte, ist in der Centralhalle bis auf weiteres die naturgetreue Darstellung einer prachtvollen Winterlandschaft mit elektrischem Christbaum und feenhaften Lichteffekten zu sehen. Herr Central-Emil hat auch diesmal wieder Kosten noch Mühe gescheut, um seinen Gästen etwas anheimelndes zu bieten.

Eibenstock. Die Festtage des Jahres 1909. Das Jahr 1909 bringt zusammen 66 Sonn- und Feiertage, darunter außer Ostern und Pfingsten, keinen Doppelfeiertag.

Leipzig. In Leipzig wiederholten sich am Freitag die Demonstrationen der Arbeitslosen. Es ging indessen auch diesmal ohne Störungen ab. Mehrere hundert Arbeitslose hatten sich mittags wieder auf dem Arbeitsnachweis in der Münzgasse zusammengefunden, ohne daß ihnen Arbeit überwiesen werden konnte. Der Trupp zog dann gleich wie am Dienstag nach dem neuen Rathaus, wo man eine Deputation zum Oberbürgermeister Dr. Dittrich schickte. Diese Deputation wurde jedoch nicht empfangen, weil sowohl der Oberbürgermeister, wie auch die maßgebenden oberen Beamten zu einer Sitzung zusammengetreten waren. Oberbürgermeister Dr. Dittrich ließ den Demonstranten seine Worte vom Dienstag wiederholen und mitteilte, daß am Donnerstag etwa 150 Arbeitslose an den verschiedenen Arbeitsstellen der Stadt eingestellt werden seien, und daß mit der weiteren Anstellung von Arbeitskräften